

"Randgruppenkrawall" 01.08.2021 Marienplatz München

Warum empören wir, die pflegenden Angehörigen uns nicht flächendeckend im ganzen Land?

Haben wir nicht allen Grund dazu?

Im Bürgerlichen Gesetzbuch im §1618a steht festgeschrieben: "Kinder und Eltern sindeinander Rücksicht schuldig".

So wurde es Ende des 19. Jh. von Otto von Bismarck verfasst.

Von welchen Familien, von welchen Eltern, von welchen Kindern ist in der heutigen Zeit die Rede?

Familie sind nicht mehr vor allem "Vater-Mutter-Kind mit Trauschein"

Es gibt heute viele Formen des Zusammenlebens mit und ohne Trauschein.

Sind das denn alles "Familien" im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuches?

Kinder sind ihren Eltern also zu Beistand und Rücksichtnahme verpflichtet. Das klingt gut und wir würden ja auch oft gerne Bilderbuchkinder und -eltern sein. Aber Fakt ist, dass Frauen gut ausgebildet sind, ihrem Beruf nachgehen wollen und das aus finanziellen Gründen oft auch müssen.

Kinder wohnen weit entfernt von ihren Eltern, bekommen spät eigene Kinder und sollen dann neben Kindern, Beruf, Partner und Haushalt auch noch rund um die Uhr für die Pflege eines Angehörigen zur Verfügung stehen?

Da passt etwas nicht mehr zusammen, das ist nicht zu schaffen. Wenn wir es nicht schaffen, dann müssen wir das aber auch sagen. Wir müssen laut und deutlich in Gesellschaft und Politik hineinrufen:

"Wir schaffen das nicht!"

Und noch etwas: "Pflege" hat nichts mit Alter zu tun! In jedem (!) Alter, vom ersten bis zum letzten Atemzug können wir pflegebedürftig sein oder werden. "Die Pflegenden" können ebenfalls fast jedes Alters haben.

Kinder und Jugendliche begleiten zum Beispiel pflegebedürftige Angehörige wie Eltern, Großeltern, Geschwister, Tanten, Onkel, Cousinen Cousins usw.

Ist es nicht zutiefst normal, dass Menschen, die sich nahestehen sich begleiten wollen?

Warumwerden wir dabei so wenig unterstützt? Warum müssen wir im Alltag so um Hilfe kämpfen?

Wir müssen uns im Alltag durch gefühlt Tonnen von buntem bedrucktem Papier mit unglaublich viele guten Ratschlägen durchfressen um dann festzustellen, dass



unsere Fragen noch immer nicht beantwortet sind und wir immer noch nicht wissen, was wir tun sollen und wer jetzt eigentlich für unser Anliegen zuständig ist.

Ganz ehrlich: Ich frage dann meine Nachbarn oder meine Freunde, ob sie irgendwie weiter wissen. Und in aller Regel weiß irgendjemand jemand anderen, der jemanden weiß, der weiß, was zu tun ist.

Aber wenn dem so ist, warum bezahlen wir denn dann so viel Geld für gesetzliche Regelungen, die uns im Alltag nicht so unter stützen, wie wir es brauchen?

Apropos Geld: Wo bleiben eigentlich unsere Gelder, die wir alle zusammen in das Pflegesystem einbezahlen? Wir bezahlen regelmäßig Abgaben in die Pflegeversicherung, zu denen wir rechtlich verpflichtet sind und die regelmäßig von unserem Gehalt abgezogen werden.

Wenn wir Pflege benötigen, bezahlen wir Kosten die nicht von der Pflegeversicherung übernommenen werden aus eigener Tasche von unseren Ersparnissen. Und wenn diese Gelder aufgebraucht sind, können unsere Kinder zur Bezahlung mit herangezogen werden. Wenn dem so ist, dann sollten wir Bürger und Bürgerinnen als die Geldgeber doch über die Verwendung unserer Gelder mit entscheiden und über die Rahmenbedingung der Pflege mitbestimmen und an ihrer Umsetzung mitwirken können, oder?

Warum sitzen nicht überall Angehörigenvertreter an den Tischen der Politik und in wesentlichen Entscheidungsgremien?

Warum wird "für" und "über" pflegende Angehörige gesprochen, geschrieben, verhandelt und geforscht?

Warum werden wir nicht ermuntert, selbst zu sagen, was wir brauchen?

Wie ist eigentlich die Definition von "pflegenden Angehörigen"?

Gibt es eine Arbeitsplatzbeschreibung?

Was ist, wenn wir im 21. Jahrhundert streiken und uns nicht mehr nach den Regeln des 19. Jahrhunderts verhalten?

Warum durchbrechen wir nicht die Mauer des Schweigens und sagen laut und deutlich:

"So, wie es ist, kann es nicht bleiben!"

Wir können und wollen unter diesen Umständen die häusliche Pflege an 24 Stunden und 365 Tagen nicht mehr leisten!

Wie viele Beziehungen leiden oder zerbrechen an den alltäglichen Hindernissen und Herausforderungen? Wie viele Pflegende Angehörige nehmen körperlichen und seelischen Schaden?

Wie kann es sein, dass eine für uns Bürger völlig undurchsichtige Gesundheits- und Pflegewirtschaft zu einer wesentlichen Säule der deutschen Wirtschaft aufgestiegen ist und wir Bürger tagtäglich um die Dinge kämpfen müssen, die wir brauchen?

Stiftung pflegender Angehöriger



Wir kämpfen gegen Bürokratie, gegen Unverständnis so mancher Sachbearbeiter, gegen eine Pflege- und Gesundheitswirtschaft, die uns nicht selten nur als nicht sachverständiges Anhängsel und sehr oft als störende Nörgler wahrnimmt.

Da helfen uns auch von allen möglichen Stellen ausgelobte Ehrenamtspreise für außerordentliche Selbstlosigkeit im Alltag und stilles Heldentum nicht weiter! Damit entrinnen wir nicht der eigenen Altersarmut. Diese Belobigungen sind möglicherweise ja gut gemeint, sie geben uns aber unsere verloren gegangene Gesundheitnichtwieder!

Wann wachen wir endlich auf und stellen Fragen an Politik und Gesellschaft? Warum setzen wir uns mit Recht für Tiere und Pflanzen, für Umwelt und Menschenrechte im Allgemeinen ein – aber nicht für uns selbst? Haben wir Angst, nicht in den Himmel zu kommen, wenn wir sagen: Wir schaffen es nicht mehr, uns gegenseitig zu versorgen unter den gegebenen Rahmenbedingungen?

Hinter vorgehaltener Hand sprechen wir das tagtäglich aus, in unzähligen Plattformen im Internet, auf Facebook, Twitter, in Blogs, in Selbsthilfegruppen, vor Freunden, beim Arzt unseres Vertrauens und bei vielen anderen Gelegenheiten.

Wir beklagen die Verhältnisse und fordern Veränderungen –von wem? An wen reden, schreiben und schimpfen wir denn hin, wer soll uns denn hören? Wer ist zuständig für uns?

Politiker?

Ich habe Parteiprogramme gelesen und in aller Regel geben sie zum Thema "Angehörigenpflege" nicht allzu viel her. Von Politikern bekommt man bei schriftlichen Eingaben in aller Regel recht nichtssagende Briefe zurück. Die sind bemüht, Bürger zu belehren, dass alles in Ordnung ist, dass die Politik, vertreten durch zuständige Verwaltungsangehörige in Ministerien den Überblick hat und dass man das Ganze als unwissender Bürger eben nicht richtig einschätzen kann.

Gibt man Bittgesuche an Landtage oder an den Bundestag, dann werden diese auch durchaus in den zuständigen Ausschüssen beraten, es werden Sachverständige von außen dazu gebeten. Die Bittsteller selbst werden nur "bei Bedarf" persönlich angehört.

Oder ist die **Presse** zuständig?

Vielleicht sollte man einmal "an die Presse" gehen.

Dort findet man gelegentlich tatsächlich Gehör, es erscheint ein Artikel über das eigene Anliegen, man wird vielleicht sogar in eine Fernsehsendung eingeladen und darf sein Anliegen vorbringen. Man trifft auf allgemeine Zustimmung und denkt sich: "Geht doch"!

Man meint, nun haben es viele Menschen im Land gehört und gesehen und jetzt ändert sich etwas..... und dann stellt man fest:

Stiftung pflegender Angehöriger



Es tut sich gar nichts.

Ich weiss wovon ich rede. Ich werde von Redakteuren eingeladen und von Redaktionen wieder ausgeladen. Begründung: "Politisch sollte es nicht sein" oder "was Sie sagen ist doch recht komplex"

Ist es denn wirklich so schwer zu verstehen was ich sage oder soll es beim Thema "pflegende Angehörige nicht gesagt werden?

Ach ja, die Wissenschaft, sie ist doch bestimmt zuständig.

Von Politik und Wirtschaft von Stiftungen und auf EU-Ebene werden doch gerne Studienaufträge vergeben, die dann von Sachverständigen im Rahmen unzähliger Kongresse und Tagungen vorgestellt werden.

"Man" spricht über "die Menschen da draußen im Land", über "diese Menschen, denen wirtäglich begegnen" oder auch nur über "diese Menschen".

Das sind dann wir, die pflegenden Angehörigen und unsere Pflegebedürftigen.

Da drängt sich einem unweigerlich die Frage auf: Was sind denn die Menschen auf den Bühnen und Podien?

Sind das nicht auch Menschen, die jederzeit in ihrem privaten Umfeld in die Lage kommen können, jemanden pflegen zu wollen oder zu müssen, oder die selbst von jetzt auf gleich pflegebedürftig werden können? Jeder von uns ist doch jederzeit in der Lebenslage, dass man nicht weiß, was im nächsten Augenblick geschieht.

Was brauchen wir also?

Wir brauchen eine Aufteilung in berufliche Pflege und in Angehörigenpflege.

Das eine ist ein Beruf, den man zum Gelderwerb wählt.

Das andere ist die freiwillige Übernahme von Sorge, von Kümmern, von Pflege und Begleitung eines Menschen der uns nahesteht.

Übrigens: Viele professionell Pflegende sind privat zusätzlich auch noch pflegende Angehörige.

Wir brauchen Pflegebeiräte auf allen staatlichen Ebenen genauso wie Elternbeiräte oder Seniorenbeiräte.

Sie müssen an allen Runden Tischen zum Thema "Pflege" sitzen und bei allen sie betreffenden Angelegenheiten gehört und in Entscheidungen mit einbezogen werden:

Wir brauchen einen Wechsel vom Anbieter zum Nutzerbedarf.

Die Bedarfe und Interessen der Nutzer, also der Pflegebedürftigen und der professionell und informell Pflegenden müssen im Mittelpunkt stehen, nicht die Interessen der Anbieter.

Wir müssen unsere Politiker ansprechen und ihnen sagen was wir brauchen. Wozu sonst haben wir sie gewählt?



Wer soll Ihnen sagen was wir brauchen wenn nicht WIR? Niemand sonst tut das für uns!

Fangen wir heute an für uns selbst zu sprechen, damit wir morgen eine Stimme haben: Wir müssen das für uns und unsere Angehörigen tun.

Wer kann etwas verändern?

Nach all dem Geschilderten und nach allem, was ich in den letzten Jahrzehnten erlebt habe: Niemand außer uns Bürgern und Bürgerinnen, uns Angehörigen und uns Wählern.

Haben wirdas noch nicht bemerkt?

Sind wir zugleichgültig?

Warum melden wir uns nicht zu Wort, warum fordern wir bei unseren Politikern vor Ort kein Gehör?

Sind wir feige, sind wir hilflos, sind wir gleichgültig?

Wollen wir wirklich "stille Helden" sein, die von Politikern, Kirchen und in der Presse lobend erwähnt werden und Ehrenamtspreise bekommen?

Wenn "Ja", dann kann ja alles so bleiben wie es ist. Wenn "Nein", dann müssen wir etwas unternehmen:

WIR! müssen Forderungen stellen:

- 1. Aufteilung "der Pflege" in Angehörigen-Pflege und Berufs-Pflege
- 2. Einrichtung von "Pflegebeiräten" auf allen staatlichen Ebenen
- 3. Vom Anbieter-Bedarf zum Nutzer-Bedarf

WIR müssen anfangen selbstbewusst UNSEREN Weg zu gehen in der Pflege. WIR müssen eine Lobby für uns und unsere Interessen bilden! Wer wenn nicht WIR?

Brigitte Bührlen, 31.07.2021

Der Text ist angelehnt an das Manifest der WIR! Stiftung:

"WIR! Manifest für eine menschliche Pflege", Brigitte Bührlen, Jacobs Verlag 2021, ISBN 978-3-89918-283-5